

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich: **Mk. 1.00.** Monatlich 55 Pf. Sonntagshefte Nr. 4088 a, s. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 122.

Freitag, den 27. Mai 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

**Heute, Donnerstag:
Große Wähler-Versammlung.
Circus Rontorkrug.**

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Wähler, seht die Listen ein!

Das Bureau

Mengstraße 4 1. Etage

ist bis **Freitag, 27. Mai** einschließlich
Vormittags 9 bis Nachmittags 2 Uhr
geöffnet.

Als Legitimationspapiere sind der
Melbeschein

und für solche, die erst 25 Jahre alt geworden
sind, oder es bis zum 16. Juni werden, der
Geburtschein

zwecks Reklamation an Ort und Stelle oder schriftlicher
Beschwerde bei dem Polizeiamte mitzunehmen.

Wer selbst nicht in der Lage ist oder nicht durch
Bekannte die Liste nachsehen lassen kann, sende seine
Papiere an den Genossen

Rasch, Johannisstraße 50.

Von diesem wird das Nöthige veranlaßt und die Papiere
zurückgegeben.

Wähler, seid auf dem Posten!!!

Keine Stimme darf fehlen!!!

Rückgängig gemacht

ist die Aufsehen erregende Anordnung, wonach auswärts
wohnende, hier dauernd thätige Arbeiter nicht in die
Wählerliste aufgenommen werden sollten.

Denjenigen, die dagegen Protest erhoben hatten, ist
ein diesbezügliches Schreiben vom Polizeiamt zugegangen,
alle übrigen werden, wie uns versichert wurde, ohne
Weiteres wieder aufgenommen.

So erfreulich dieser Erfolg der Energie der Arbeiter
ist, müssen wir doch eine Frage aufwerfen:

Wer entschädigt die Leute für die
Mühen und Unkosten, welche ihnen durch
die Maßnahmen der Behörden erwachsen
sind?

Es wäre u. E. sehr angebracht, wenn der Urheber
der Maßnahmen mindestens öffentlich genannt würde,
damit man weiß, wie sie zu Stande gekommen sind.

An alle Arbeiter jedoch, welche aus-
wärts wohnen, hier arbeiten und somit
berechtigt sind, hier zu wählen, richten
wir hiermit das **dringende** Ersuchen, sich
trotzdem nochmals selbst oder durch Ver-
mittlung geeigneter Personen davon zu
überzeugen, ob sie nicht versehentlich
fortgelassen sind. Fehler sind auch bei der
exaktesten Arbeit bekanntlich nicht ausgeschlossen.

Arbeiter! Wahrt Euch nun auch dasjenige, was Ihr
Euch mühsam erkämpft habt. Seid auf dem Posten!
Wir glauben, in einer Hinsicht auf Euch bauen zu dürfen
— daß Ihr nämlich am 16. Juni Eure Stimme geben
werdet dem Kandidaten der Sozialdemokratie:

Johann Carl Theodor Schwarz.

Nationalliberales.

Lübeck, den 25. Mai 1898.

A. K. Die nationalliberale Partei Lübecks hat den
Wahlkampf offiziell mit einem echten und rechten Schwa-
benstreich begonnen. Sie hat ihren Liberalismus

dadurch bekundet, daß sie einem ehrlichen, offenen Kampf
mit rühmlichem Mutho hübsch aus dem Wege gegangen
ist. Sie hat gezeigt, daß sie keine Kritik vertragen kann
und dadurch bewiesen, daß sie eben unter aller Kritik ist.
Wir haben zu unserem frohen Erstaunen die Wahr-
nehmung gemacht, daß unser vorzüglich geleitetes Amts-
blatt das Wort „liberal“ sehr richtig hinstellte als die
Bezeichnung der Eigenschaft, „von einem umfassenden
Standpunkte aus die Welt und das Getriebe der Erde
ansehen zu können“, und es weiterhin mit dem deutschen
Worte „anständig“ identifizierte. Welch weltumfassender
Standpunkt muß es nicht sein, von dem aus man einem
Gegner das Genie zutraut, in 5 Minuten Ausführungen
eines Redners zu widerlegen, welche den 15 fachen
Zeitraum beanspruchten?! Gut ob vor solch erhabener
Anschauungsweise! Und wie hochanständig ist es nicht
obendrein, dem duzendfach angegriffenen Widersacher ein-
fach die Gegenwehr abzuschneiden! Man kann doch
wirklich in die tiefsten Tiefen des Begriffes „Anstand“
erst eindringen, wenn man nationalliberale Anleitung ge-
nießt! Wir sind dem Reichsverein dankbar, daß er uns
durch diese neue Belehrung über das Wesen seiner Partei
ein so treffliches Mittel für den Wahlkampf in die Hand
gab.

Wir müssen aber weiter erklären, daß Herr Gebhard
selbst, indem er als angeblich liberaler Mann keinen,
auch nicht den leisesten Protest gegen das illiberale
Gebahren seines Wahlkomitees einlegte, sich für diese
Handlungsweise mitverantwortlich gemacht und damit
einer wenig schmeichelhaften, aber wohlverdienten Kritik
ausgesetzt hat.

Die Situation ist trotz der vielen Kandidaten heute
im Wesentlichen dieselbe wie 1893. Die bürgerlichen
Parteien — als deren stärkste und hauptsächlich in Betracht
kommende die nationalliberale zu gelten hat —
triefen von Wählerfreundlichkeit, sehen die Maske der
Unschuld vom Lande auf und werfen mit Versprechungen
um sich, daß Einem angst und bange werden könnte vor
lauter Freude über den plötzlich auf das Volk strömenden
Ueberfluß von Liebe und Wohlwollen, wüßte man nicht,
durch viele Erfahrungen gewizigt, was von den bürger-
lichen Verheißungen, welche die Noth des Wahlkampfes
erzeugt, zu halten ist.

Herr Gebhard hat es meisterhaft verstanden, viel
zu versprechen, ohne sich festzulegen. Er bestreitet die
Gefährdung des Koalitionsrechtes und will für
die Erhaltung desselben eintreten. Wie nett von ihm!
Der Erlaß des Kugelfangsgrafen Posadowsky war
vermuthlich nur ein harmloser Scherz? Grafen machen
ja oft sonderbare Späße! Die wunderbaren Leistungen
der Lübecker Justiz, welche das Koalitionsrecht in
sehr wichtigen Punkten einfach jetzt schon aus der Welt
geschafft haben, fallen wohl nicht in dies Fach? Der
meint Herr Gebhard etwa, die von ihm verhorreszierte
Koalitionspflicht — im Amtsblattstil, der etwas
täppischer ist: Streikzwang — bestehe schon in dem so ge-
nannten Streikposten stehen, welches lediglich
dazu dient, die auf dem Papier gnädigst erlaubte War-
nung vor Zugang nach gesperrten Betrieben mündlich zu
wiederholen und welches nach dem unerforschlichen Rath-
schluß der mit verbundenen Augen ihres Amtes waltenden
Gerechtigkeit nunmehr „grober Unfug“ geworden ist? Ja, schon
das bloße Spaziergehen des Steuerzahlers ist strafbar,
wenn der Steuerzahler — vom § 152 der Gewerbe-
Ordnung Gebrauch gemacht hat. Mißbilligt Herr
Gebhard dies Alles? Wird er eventuell im Reichstage
hiergegen auftreten? Mit allgemeinen Versicherungen ist
den Wählern nicht gedient. Die sind billiger als See-
gras. Hier — an konkreten Fällen zeigen, wie das Laten
geschoren ist! Aber man wird sich hüten, das zu thun,
und wenn dem nächsten Reichstage eine den Herzens-
wünschen der Schlotkönige, des Lübecker Arbeit-
geber-Verbandes entsprechende Vorlage zugeht,
dann werden die nationalliberalen „Freunde“ des Koali-
tionsrechtes zur Beseitigung der „Koalitionspflicht“ diese
Vorlage mit widerspruchslosem Hurrah-Ja genehmigen
„getreu der historischen Entwicklung ihrer Partei“, dann
wird — daran zweifeln wir keinen Augenblick — auch
Herr Gebhard bereit sein, mitzutun, wie er schon so
oft gethan, und — seine Handlungsweise
wird durchaus mit seinen Versprech-
ungen übereinstimmen, dank der unbe-
stimmten Form, in welche letztere ge-
kleidet sind.

Herr Gebhard wird für die Freizügig-
keit eintreten. Es würde einem Vertreter der In-
dustrie-Partei auch schlecht anstehen, der An-
häufung billiger Arbeitskräfte in den Industriezentren
Schwierigkeiten in den Weg legen zu wollen. Wie er
sich zu den sogenannten „Auswüchsen der Frei-
zügigkeit“ stellen würde, hat er freilich nicht gesagt.
Da wird er vermuthlich „mit sich reden lassen“.

Herr Gebhard hat mit einem großen Aufwande
von Beredsamkeit seine Haltung dem Sozialistengesetz
gegenüber zu rechtfertigen gesucht. Er hat dabei elend
Schiffbruch gelitten. Alle Wohlgerüche Arabiens werden
diesen Fleck nicht beseitigen. Nach ihm war jenes „Monu-
ment von Deutschlands Schande“ ein „Alt der Nothwehr“
und sollte dazu dienen, „die großen positiven Aufgaben
zur Förderung der Interessen des Arbeiterstandes aus-
führen zu können“. Selten haben wir historische That-
sachen so auf den Kopf gestellt gesehen. Also die in-
fame Gewaltpolitik des „getreuen Gebhard im
Sachsenwalde“, welcher die wahrwichtigen Thaten blö-
dsinniger Menschen ausnutzte, um Hunderttausende von
deutschen Staatsbürgern wehrlos und rechtlos zu
machen, war diktiert von der „Nothwehr“. Unsin-
nig, du siehst! Und jene grandiose Raub- und Beute-
politik zu Gunsten der Krantjunker und Schlotbarone,
jenes System der Millionärzucht en gros, jener stupel-
lose Mißbrauch der Macht, welchen die Kartellsippe be-
trieben hat zum Unglück des ganzen Volkes, all jene un-
vergeßlichen und unvergessenen schamlosen Gewaltstreiche
der konservativ-nationalliberalen Majorität sep-
temnatlichen Angedenkens, — das nennt man — —
Förderung der Interessen des Arbeiter-
standes!!! Ja, Herr Gebhard, was in jenen
Jahren geschaffen worden ist, worunter das deutsche Volk
leidet und leidet, und was Sie mitgeholfen haben
herbeizuführen,

die

indirekten Steuern,

die

Zölle,

die

ungeheuren Militärlasten,

all diese Danaergeschenke, gegen die das Linsengericht der
südenhaften Arbeiterschutzesetzgebung wie ein Nichts ver-
schwindet, das ist, worauf am 16. Juni die
Antwort des arbeitenden Volkes erfolgt,
wenn es den Nationalliberalismus mit
kräftigem Tritt aus dem Tempel der
Gesetzgebung hinausexpediert nach Ver-
dienst!

Heute erklärt man wohlweislich, man werde sich hüten,
ein solches Gesetz wieder einzuführen. Ja, noch ist es
keine 4 Jahre her, daß ein gleiches Gesetz geschaffen
werden sollte. Am 5. Dezember 1894 fiel die Ent-
scheidung über die Umsturzvorlage des Herrn
v. Köller, da war es, wo gerade die

Nationalliberalen

an den Wasserbächen saßen und weinten um das verun-
glückte Kindlein ihrer Liebe.

Und sie werden wieder getreue Diener sein, sie werden
wieder entdecken, daß die Sozialdemokratie den „gewalt-
samen Umsturz“ anstrebt, sobald die Regierung es wünscht,
und sie werden glänzend gerechtfertigt dastehen vor den
Wählern — denn Noth kennt kein Gebot, und für diese
Herren ist die Noth stets da, wenn das Gebot der Re-
gierung da ist!

Das Reichstagswahlrecht ist nicht bedroht, meint
Herr Gebhard. Es ist ja „offiziell in Abrede gestellt“.
Das genügt einem Nationalliberalen, und diese Genüg-
samkeit freut und genügt uns!

Wir haben demgegenüber eine eiserne Thomasnatur
— aus guten Gründen. Wir wissen, daß das Recht
längst bedroht war und heute mehr als je in
Gefahr ist. In einer am 23. Mai stattgehabten
Wählerversammlung in Krefeld hat der Abgeordnete
Bachem (Zentrum) ausgeführt: Wer im Reichstage
jahrelang praktisch mitgearbeitet, der wisse, daß die be-
kanntesten Mittheilungen des Herrn Müller-Fulda richtig
seien. Er, der Redner wisse, daß trotz des amtlichen
Dementis derartige Pläne thatsächlich bestehen; man
müsse nur, um die Verwirklichung zu verhüten, die Augen
offen halten. Er vermöge aus eigener Kenntniß

die Mittheilungen noch zu erweitern: Es besteht und hat bestanden sogar die Idee eines Staatsstreiches, das heißt der gewaltsamen Beseitigung des Reichstags-Wahlrechtes. Die Idee ist sogar von einflussreichen Ministern ernsthaft erwohnen worden. Ja, sogar recht groß ist die Zahl der Leute, welche zu der Frage einer gewaltsamen Beseitigung des Reichstags-Wahlrechtes stehen und ich wiederhole, diejenigen, die so denken, sind in den großen einflussreichen Kreisen zu suchen und zu finden.

Herr Bachem bestilligt damit auch, was von uns lange behauptet worden ist. Wir werden auch allzeit den Wahlrechtsgegnern mehr in dem trauen, was sie in den letzten 20 Jahren sagten, als in dem, was sie in den 6 Wochen vor der Wahl sagen.

Wir werden auch nicht vergessen, daß am 7. Februar 1888 Herr Gebhard für die Verlängerung der Legislaturperiode gestimmt hat. Das war schon eine Verschlechterung des Wahlrechts! Und wer damals den kleinen Finger gab, der wird auch späterhin die ganze Hand nicht versagen!

Wer heute einen Sammelpolitiker wählt, wählt einen Wahlrechtsfeind!

Herr Gebhard hat einen sehr weisen Ausspruch über die Arbeiterschuh-Gesetzgebung gethan. Er meinte:

„Wir hätten keine Arbeiterschuh-Gesetzgebung, wenn der Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit gehabt hätte.“

Wir müssen annehmen, daß Herr Gebhard nicht recht bedacht hat, was er da sagte. Er sollte wissen, daß die sozialdemokratische Fraktion zu dem Gesetzentwurf nicht weniger als 63 Abänderungsanträge gestellt, daß sie also überaus thätig gewesen ist, etwas Brauchbares zu schaffen. Und der gesunde Menschenverstand sollte ihm, daß, wenn die Sozialdemokratie ausschlaggebend gewesen wäre, wir an Stelle der heutigen Gesetze, deren Mangelhaftigkeit der bewährte Fachmann Gebhard rückhaltlos anerkennt, Einrichtungen erhalten hätten würden, an denen auch er seine helle Freude haben könnte. Hoffentlich stellt er diesen einigermaßen auffälligen Irrthum selbst gelegentlich fest.

Herr Gebhard hat dann noch viel Schönes geredet. Hübsche Worte, welche wenig Gedanken umkleiden. Alltägliche nationalliberale Redensarten, die keinen Schuß Pulver werth sind. Wir wollen ihnen heute nicht näher treten, sondern unsere Beobachtungen schließen mit der Aufzählung einiger Abstimmungen, an denen Herr Gebhard als Reichstagsabgeordneter theilnahm. Er stimmte am 17. Juni 1887:

Für die Besteuerung des Branntweins,
am 6. Dezember 1887:

Für den Gesetzentwurf, betreffend die Friedenspräsenzstärke,
am 7. Februar 1888, wie bereits erwähnt:

Für die Verlängerung der Legislaturperioden auf 5 Jahre,
am 14. Februar 1888:

Gegen den Antrag Windthorst, betr. Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes (bekanntlich eine der schändlichsten Bestimmungen des Sozialistengesetzes), er hat ferner erklärt, daß er

für die Flottenvorlage,
für die Militärvorlage

gestimmt haben würde, er hat endlich seine Bereitwilligkeit durchblicken lassen,

neue Opfer dem Moloch Militarismus zu spenden!
Wähler!

Wem das nicht genügt, wer trotz alledem noch bereit wäre, seine Stimme Herrn Gebhard zu geben, der würde politischen Selbstmord begehen!

Grabt am 16. Juni auch in Lübeck dem Nationalliberalismus das Grab, für welches er längst reif ist!

Last die Vergeltung den Schuldigen ertheilen!

Vom spanisch-amerikanischen Kriegsschauplatz

lagen in den letzten Tagen Nachrichten von Wichtigkeit nicht vor. Das spanische Geschwader unter Admiral Cervera ist in Santiago de Cuba eingetroffen und bildete den Hauptgegenstand des Inhalts der Depeschen vom Kriegsschauplatz. Eine größere Schlacht oder auch nur ein Gefecht von einiger Bedeutung hat seit unserem letzten Berichte nicht stattgefunden, doch erwartet man allgemein demnächst ein Zusammentreffen der beiden feindlichen Flotten. Eine Truppenlandung auf Cuba ist den Amerikanern bisher noch nicht geglückt. Die siegesfrohe Stimmung der amerikanischen Presse, die in der ersten Zeit des Krieges vorherrschend war, macht jetzt allmählig einer etwas gedrückten Platz. So wird dem Admiral des Geschwaders vor Havana, Sampson, Unfähigkeit vorgeworfen und ihm mit die Schuld zugeschoben, daß der Krieg eine so unabsehbare Länge annimmt. Die Telegramme vom Mittwoch besagen u. A., daß es den Amerikanern gelungen ist, die Kabel von Santiago und San Juan abzuschneiden. Die spanische Flotte soll im Hafen von Santiago de Cuba von den Amerika-

nern eingeschlossen sein. — Bei den Philipinen wird die Lage jetzt auch schwieriger. Die großen Hoffnungen, welche man bei den Pankees auf die Hilfe der Insurgenten setzte, sind ganz bedenklich im Schwinden begriffen. Verschiedene Nachrichten aus Manila sagen, die Aufständischen hätten den Spaniern ihre Unterstützung angeboten, doch erscheint dies nicht recht glaublich. Zwischen dem deutschen Konsul in Manila und dem Admiral Dewey ist angeblüh ein erster Konflikt ausgebrochen wegen der Verschöpfung von Lebensmitteln aus deutschen Schiffen. Der Konsul erklärte, er werde die Verschöpfung mit Hilfe von zwei deutschen Kreuzern erzwingen, worauf Dewey erwiderte, daß er dann auf dieselben schießen werde.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Beeinflussung abhängiger Wähler. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat in der letzten Legislaturperiode das öffentliche Eintreten des Landrathes für eine bestimmte Kandidatur als Grund für die Ungültigkeits-Erklärung einer Wahl bezeichnet. Die „*Nölnische Volks-Zeitung*“ fragt: „Wie ist es nun, wenn die Leiter staatlicher Arbeitsbetriebe sich mit an die Spitze des Wahl-Komitees und der Agitation stellen, wie es z. B. im Saar-Revier in den Wahlkreisen Saarbrücken und Ottweiler geschieht seitens einer Reihe von Gruben-Direktoren wie seitens höherer Vorgesetzten der Eisenbahn? Da liegt es, wenn selbst ein direkter Druck nicht ausgeübt wird, doch nahe, daß die Arbeiter glauben, aus bestimmten Gründen nicht anders wählen zu dürfen und zu sollen, als Jene, für die der Gruben-Direktor und nach diesem Obersteiger und Steiger eintreten. Wir meinen, wenn das Eintreten eines Landrathes Ungültigkeits-Erklärung herbeiführt, dann müßte solches gewiß in vorhin geschilderten Fällen geschehen und namentlich da, wo es sich gleichfalls um staatliche Beamte handelt.“

Ohne Zweifel. Oder aber, es müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß die Arbeiter dem Einfluß des „Herrn“ nicht unterliegen. Das Wahlgheimniß muß absolut gesichert werden.

Von der Herstellung gleichartiger Stimmzettel wollen die Konservativen nichts wissen. Man schreibt nämlich der „*Frl. Ztg.*“ aus Spandau: Die sozialdemokratische Parteileitung des Reichstagswahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland hatte an den konservativen Wahlverein das Ersuchen gerichtet, sich damit einverstanden zu erklären, daß zu der bevorstehenden Wahl vollkommen gleichartige Wahlzettel (von einunddemselben Papier und gleicher Größe) für die Wähler der beiden Parteien hergestellt würden. Der konservative Verein hat dies Gesuch aber abgelehnt. Die äußere Uebereinstimmung der Wahlzettel aller Parteien werde gerade in Spandau von großer Wichtigkeit sein, weil gegen 10 000 Wähler Arbeiter der Militärwerkstätten sind. (Auch anderswo wollen die reaktionären Parteien von Herstellung äußerlich gleicher Stimmzettel nichts wissen. So hat im 19. Hannov. Wahlkreis, der vom „Hahn“ des Bundes vertreten war, der Bund den ihm von den Welfen gemachten Vorschlag zur Ausgabe gleicher Stimmzettel abgelehnt.)

Einem recht bescheidenen Privatwahlenlauf veröffentlichten, nach der „*Frankf. Zeitung*“, die badischen Nationalliberalen. Natürlich verfolgt die nationalliberale Partei keine Sonderinteressen, sondern sie bestrebt den sattem bekannten „Ausgleich“ zwischen den Forderungen der verschiedenen Interessenten. Dagegen wird sie die „Berhebung der Massen“, die „Untergrabung staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung“ energisch bekämpfen. Bescheiden äußert sich der Aufruf über das allgemeine direkte Wahlrecht — sie „wollen es aufrecht erhalten.“ (Und das gleiche? Red.) Von einem Ausbau etwa durch Gewährung von Diäten kann natürlich bei Männern nicht die Rede sein, die im badischen Landtage sich mit Händen und Füßen gegen dasselbe Wahlrecht für die Landtagswahlen wehren. Darüber ist sich im Lande Baden nicht ein einziger Wähler im Unklaren, daß das jetzige Reichstagswahlrecht verloren wäre, wenn die Entscheidung bei den Nationalliberalen lägen. — Die Kammerreden der Herren Fießer und Binz aus den letzten Wochen sprechen eine deutlichere Sprache und vor Allem eine ehrlichere, als die schönsten Aufrufe in Zeiten der Wahlnoth. Aber auch die Art der Aufstellung der Kandidaten ist symptomatisch für die Hoffnungslosigkeit, die in den Reihen der Nationalliberalen herrscht. Wir wollen nicht von der Mannheimer Kandidatur Wasser mann reden, für den man ja doch nur ein — Jena hofft, dort, in Jena soll der Bund der Landwirthe die Hilfe bringen, die in Mannheim fehlt.

Seltene Ränze, deren Einfälle selbst bei der an Seltsamkeiten so reichen nationalliberalen Partei überraschen, giebt es in deren Reihen. Diese Partei zählt zu ihren „geistigen Leitern“ den Generalsekretär Bahig (nomen est omen), welcher sich auf dem westfälischen Parteitag dahin ausließ, die Sozialdemokratie ziehe so bankrott in den Wahlkampf wie noch niemals eine Partei. Von den Lippen des Konfuzius-Verwalters der nationalliberalen „Masse“ klingt das besonders humoristisch, und darum verdient der Ausspruch auch die weiteste Verbreitung.

Nationalliberal. Der Offenburger „*Volksfr.*“ veröffentlicht ein Schreiben, das der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins in St. Georgen von seinem Prinzipal erhalten hat. In dem Briefe heißt es:

„Nachdem Sie sich geäußert haben, als Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins nicht zurückzutreten, so muß ich Ihnen von heute am 14. Tage kündigen. Sollten Sie während dieser Zeit andere Gesinnung bekommen und zurücktreten, so würde ich Sie mit Freunden gerne wieder an dem alten Platz sehen.“

Kommentar überflüssig. Bemerkte sei nur noch, daß der Gemäßregelte bei dem Verfasser des eben erwähnten Schreibens seit 12 Jahren thätig ist. Der Herr, der erwartet, daß der Arbeiter während eines Zeitraums von 14 Tagen eine „andere Gesinnung bekommt“, gehört der nationalliberalen Partei an.

Das Fiasko der „Sammelpolitik“ in Straßburg i. E. Das stolze Gebäude der bürgerlichen „*Sammlung*“ gegen die Sozialdemokratie im Wahlkreis Straßburg-Stadt beginnt in allen Fugen zu krachen. Das erste Anzeichen des drohenden Einsturzes, der allen Kennern der Verhältnisse unaussprechlich erschien, war eine von der „*Sträßb. Post*“ gestern veröffentlichte Zuschrift, durch welche die politische Situation in der Hauptstadt des Reichslandes in äußerst charakteristischer Weise beleuchtet wird. Es heißt in derselben über die Sammelkandidatur des Justizrathes Riff:

„Mehr und mehr zeigt es sich, daß sehr viele Wähler verschiedener politischer Richtung, aber gleich deutscher Gesinnung, es unendlich finden, für Herrn Riff zu stimmen. Nicht wegen einzelner Punkte seines Programms, sondern weil der Kandidat erklärt hat, er werde selbstverständlich der sozialistischen Gruppe beitreten, d. h. also der Fraktion, zu der die Herren Golbus und Preiß gehören, der Fraktion, die nur durch den Gegensatz gegen alles Deutschthum zusammengehalten wird und das auch schon in ihrem Namen andeutet. Wird Herr Riff gewählt, wenigstens mit Hilfe Deutschthums, so wird man das in Paris nicht ohne Grund für einen Sieg des Franzosenthums halten. Das ist wenigstens unumgänglich, wenn Herr Riff siegen sollte. Ich verdanke es freilich niemand, wenn er es nicht über's Herz bringen kann, für den Sozialdemokraten zu stimmen, zumal ein so wenig hervorragendes Mitglied der Partei; ich weiß auch noch nicht, ob ich mich dazu werde entschließen können. Aber so viel ist meines Erachtens sicher: für Riff kann kein guter Deutscher stimmen, es sei denn, daß jener das Tafelgeschick zwischen sich und den Herren Preiß und Golbus offen zertheilt.“

Die Redaktion der „*Sträßb. Post*“, die ebenfalls zur Einsicht gekommen zu sein scheint, daß ihre Anhänger bei dem Wahlhandel gehörig über den Wüffel barbiert worden sind und die Frage sozusagen im Saal gekauft haben, giebt zu, daß in altdeutschen Kreisen vielfach im Sinne obiger Zuschrift geurtheilt wird, rath aber ihren politischen Freunden zur Geduld, bis der Wahlaufbruch des Kandidaten Riff erschienen sei. Dieser väterliche Rath des offiziellen Blattes muß um so erheiternder wirken, als dadurch zugestanden wird, daß die gouvernementale Partei und ihr Organ, die „*Sträßburger Post*“, ihre Zustimmung zur Kandidatur Riff und die offizielle Unterstützung derselben proklamirt hatten, ehe sie auch nur im geringsten über die politische Gesinnung des Kandidaten im Klaren waren. Ein klägliches Armuthszeugniß hätten sich die „*Sträßb. Post*“ und ihre Hintermänner in der That nicht ausstellen können.

In lautem Jammer über die Wahlbewegung bricht der konservative „*Reichsbote*“ aus. Das betrübendste Schauspiel sei, daß die Parteien, welche zum Schutze vor dem Umsturz doch auf einander angewiesen seien, einander hinterrücks bekämpften und verächtigten.

„Die konservative Partei erlebt es jetzt, daß man von gewisser Seite unter der Maske der Freundschaft und des Lobes sie vor den Wählern in ein übles Licht stellt und den Wählern zu verstehen giebt, die konservative Partei sei eine unzuverlässige Gesellschaft, um sicher zu gehen, sei es schon mehr zu empfehlen, einen Antisemiten zu wählen; denn die antisemitische deutsche Reformpartei sei für die Bayern unbedingt sicher, die Konservativen aber müsse man sich erst genau ansehen, ehe man sie wählt. Für die konservative Partei gilt es jetzt besonders, das Sprüchlein zu beherzigen: Trau, schau, wem?“

Wie der Bund der Landwirthe seine Rasse füllt, zeigt einmal recht deutlich ein Artikel des „*Hannoverschen Courier*“. Danach soll die Bundesleitung Mitgliedern des Bundes „Lieferung von Düngemitteln unverfälschter, reiner Art zum Waggonpreis“ zugesagt, gleichzeitig aber von dem Verein deutsch-österreichischer Thomasphosphatfabriken ausbedungen haben, daß dieser den Waggonpreis künstlich um 15 M. höher ansetze, auf daß diese 15 M., um die also die Mitglieder des Bundes der Landwirthe gegenüber den Mitgliedern aller andern Düngerbezugs-genossenschaften über vortheilt wurden, ungeschmälert der Bundeskasse zufließen könnten. Der „*Hannoversche Courier*“ versichert, daß auf diese Weise der Bundeskasse annähernd 20 000 M. zugeführt worden seien. Dieser gegen die Leitung des Bundes der Landwirthe erhobene Vorwurf der Untreue, wenn nicht eines noch schwereren Vergehens, ist so stark und berührt so vielseitige Interessen, daß selbst die „*Nöln. Ztg.*“ eine amtliche Untersuchung verlangt.

Der „*Geschäftssinn*“ scheint also den teutschen Leitern des Bundes, die ja, Arm in Arm mit den Antisemiten, stets auf jüdische Unreclität schimpfen, doch noch nicht ganz abhanden gekommen zu sein!

Die sozialdemokratische Fraktion im hessischen Landtage beantragt, nach der „*Frl. Ztg.*“, die Regierung zu ersuchen, die Polizei in den der Gastwirthschaften für die Wahlzeit außer Kraft zu setzen und die Verwaltungsorgane anzuweisen, bei der Vertheilung von Flugblättern keiner Partei Schwierigkeiten zu bereiten.

Der Kampf in Essen. Der hiesige Wahlkampf, der wegen der Protestkandidatur Schröder wohl mit allgemeinem Interesse verfolgt werden dürfte, zeigt ein ganz eigentümliches Bild. War es schon auffallend, so wird der „Leipz. Volksztg.“ aus Essen geschrieben, daß die gegnerische Presse sich uns gegenüber fast völlig passiv verhielt, so waren die am Sonntag tagenden Versammlungen der Zentrum- und der Krupp-Partei noch bedeutungsvoller. Man muß sich die gemeine Kampfweise jener Parteien, die sie bei der vorigen Wahl uns gegenüber öffentlich beobachteten, vergegenwärtigen, um den Unterschied gegen damals, aber auch die Heuchelei jener Gesellschaften klar zu erkennen. Bei der vorigen Wahl stand uns kein eigenes Organ zur Verfügung, während die „Essener Volkszeitung“, der „Volksfreund“, die „Rhein-Weiß. Zeitung“ sich einander in Verleumdungen und Beschimpfungen der Partei und der einzelnen Führer überboten. Jetzt haben wir den „Werkru“ und versehen unseren Gegnern eine moralische Ohrfeige nach der anderen, und dieselben Blätter, die sich in Sozialistenvernichtung damals rein wie wild gebärdeten, überbieten sich jetzt, sich uns als die Liebendwärtigen zu zeigen, sie jagen sich einander, um am ausführlichsten unsere Versammlungsberichte zu bringen.

Früher wurden wir aus den Versammlungen der Gegner hinausgeworfen und auf's gemeinste beleidigt; am letzten Sonntag suchte Herr Wiese, der bisfigste Wau-Wau im Zentrumslager, seine damalige Handlungsweise zu entschuldigen und erklärte ferner, daß außer dem Zentrum nur die Sozialdemokratie sich als regierungsfähig erwiesen habe! In der Krupp-Versammlung forderten unsere Leute ganz entschieden das Wort, man verweigerte es, aber trotz des entstehenden Tumultes ließ man uns ungehorsam. Ein Redner des Tages vergoß beinahe Thränen über den unglücklichen und unschuldigen Ludwig Schröder! Man solle nur Krupp wählen, der würde für Recht und Gerechtigkeit eintreten, das sei besser, wie eine Protestkandidatur. Ein anderer Redner, Professor Kahl-Berlin, erklärte, daß der Sozialdemokratie die sozialpolitische Gesetzgebung zu danken sei. Ähnlich war es in einer freistündigen Versammlung. Da wurde das Zentrum und die Krupp-Partei ganz gehörig verarbeitet, wir waren die lieben Kinder. Je mehr wir die einzelne Partei kritisieren, desto mehr häßlichkeit man uns. Das ist der moralische Werth der Kandidatur Schröder, den wir eventuell bei späteren Wahlen, wenn die Heuchler ihr wahres Gesicht wieder zeigen, anzunutzen wissen. Jetzt liegen die Verhältnisse so, daß trotz der freistündigen Kandidatur im ersten Wahlkreise der Sieg entschieden wird. Da es sich aber um höchstens 500 bis 1000 Stimmen handelt, schmeichelt uns jede Partei, damit wir die andere schärfer kritisieren sollen. Daß die Krupp-Partei und das Zentrum uns heimlich durch Saalabtreiber u. s. w. zu schädigen suchen, wollen wir, um das Bild vollständig zu machen, auch noch kurz erwähnen.

Die Annahme der Militär-Strafprozess-Ordnung mit den dazu gehörigen Gesetzen im Bundesrath ist, wie der „Augsb. Abendztg.“ geschrieben wird, nicht einstimmig erfolgt. Zwei Bundesstaaten stimmten gegen den Entwurf, nämlich Baiern und Braunschweig, beide offenbar aus ganz entgegengesetzten Gründen. Baiern, weil ihm diese Reform nicht weit genug, Braunschweig, weil sie ihm zu weit geht.

Der Brodvertheuerung folgt die Fleischvertheuerung. Die amerikanische Regierung ist, wie der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ gemeldet wird, einem von Deutschland ausgesprochenen Wunsche entgegen gekommen und hat die Ausfuhr frischen Schweinefleisches nach Deutschland inibiriert. Wahrscheinlich war deutscherseits mit dem Erlaß eines Einfuhrverbots gedroht worden.

Eine Bestätigung der Nachricht der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ bleibt abzuwarten. Sollte die Meldung in der That richtig sein, so hätte das Agrariertum wieder einmal auf der ganzen Linie gesiegt, und das Volk müßte wieder einmal die Kosten für den agrarischen Sieg tragen. Wie die Dinge liegen, hat die Nachricht der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“, wenigstens soweit sie von den deutscherseits geäußerten Wünschen und der Möglichkeit eines Einfuhrverbots spricht, leider nichts Unwahrscheinliches an sich.

Oesterreich-Ungarn.

Die Regierung der „liberalen“ Ungarn ist schon wieder einmal, wie die „Volksztg.“ schreibt, vor den österreichischen Reaktionen umgefallen. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantragte der Ministerpräsident Baron Banffy die Vertagung des Hauses bis zum 6. Juni. Die Regierung bedauere, so bemerkte er, daß keine Aussicht vorhanden sei, daß Oesterreich während des Sommers über die Ausgleichsvorlage verhandle; diese Vorlagen würden frühestens im September zur Verhandlung gelangen.

Zu Herbst des vorigen Jahres versicherte Banffy, daß Ungarn selbstständig vorgehen werde, wenn das Ausgleichsprovisorium bis zum Dezember nicht erledigt sei. Ungarn ging aber nicht selbstständig vor, sondern bewilligte dem verflorenen Baden eine Frist bis zum 1. Mai dieses Jahres. An kräftigen Versicherungen, daß dies der letzte Termin für die Erledigung des Ausgleichsprovisoriums sei, ließ es Banffy nicht fehlen. Nun ist auch dieser Termin verstrichen, ohne daß irgend etwas in der Ausgleichsangelegenheit geschehen wäre, aber an seine Drohungen erinnert sich Banffy nicht mehr. Er wartet eben, bis es der Reaktion in Oesterreich gelungen

ist, die Opposition mächtig zu machen, denn im Grunde sind Banffy und die um ihn dieselben Reaktionen, wie die Baden, Gantsch, Thun u. s. w. Daß sich die ungarische Regierung liberal nennt, ändert an dieser Thatsache nicht das Geringste.

Frankreich.

Paris, 24. Mai. Jola hat gegen den Direktor des „Petit Journal“, Marinoni, und den Redakteur desselben Blattes, Judet, die Beleidigungsklage angestrengt wegen eines Artikels von Judet, in welchem Jola's Vater angegriffen und beschimpft wird.

Jean Zanés wird von nun an in Gemeinschaft mit Gervault-Richard die Chefredaktion der „Petite République“ führen. Wir beglückwünschen unser Pariser Bruderorgan zu diesem Gewinne.

Italien.

Der Marineminister Brin ist am 24. Mai plötzlich in Folge Herzschlages gestorben. Der 65 Jahre alte Verstorbene war im Laufe der Zeit viermal Chef des Marineministeriums und einmal Minister des Auswärtigen. Brin wird vielfach als der Schöpfer der modernen Kriegsstotte Italiens bezeichnet, die dem schon ausgezogenen armen italienischen Volke nicht geringe Summen kostete.

Lübeck und Nachbargebiete.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäfftesten Kollegen die Arbeit eingestellt. Bezug ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von Ewers, Kommandit-Gesellschaft, Kakeburger Allee 106, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperrverhängt. Bezug ist fernzuhalten. Der Vorstand der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes.“

J. A.

H. Hermann.

Otto Friedrich, unser Genosse, welcher bekanntlich 3 Bt. noch in den gottlichen Männen des Westfalengeängnisses weilt, um unterschiedliche „schwere Verbrechen“ zu sühnen, welche er mit seiner Feder begangen haben soll, wird Morgen, Freitag, wieder in die hantelüblich lässliche Freiheit zurückkehren. Damit wird dann wohl nach 1 Jahr 6 Wochen der gekränkte Ehre derjenigen, denen er zu nahe getreten, die gebührende Genugthuung verschafft worden sein. Auch Herr Steinert, welchem er die letzten Kerkerstage zu verdanken hat, wird dann wohl zufrieden sein und sich freuen, daß er nun als makelloser Ehrenmann dasteht, an den die Angriffe sozialdemokratischer Redaktoren und sonstiger „berühmter Dichter“ nicht herankommen. Mag er an seine Brnst schlagen und sagen: „Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin, wie dieser da!“ Uns soll es freuen. Unsere Leser sind über die Schicksale des „Sträflings“ so einigermaßen orientirt, sie wissen, wie gewandt er geworden ist im Auslesen von Kaffebohnen, wie rasch er dem Genuß der gewohnten Lektüre entsagen gelernt hat, wie er sich lässlich abgeben hat mit der Einsamkeit. Sie werden sich mit uns freuen, daß er wenigstens körperlich und geistig gesund zu den Seinen zurückkehrt, zu den Kindern, die den Vater nicht wiedererkennen, ihn als einen Fremden aufstauen werden, zu der Frau, die so lange Zeit Gelegenheit hatte, darüber nachzudenken, daß — die Sozialdemokratie die Ehe zerstören will. Sie werden auch gewiß mit uns empfinden, wenn wir dem „Gefesselten“ ein herzliches „Willkommen!“ zurufen. Wir wollen hoffen, daß außer Freund, wenn er sich erst wieder recht erholt und gestärkt hat, mit alter Mühseligkeit seines Amtes walten wird. Die Arbeiterkassette Lübeck wird am Sonnabend Abends im Patriarchenhaus in der Johannisstraße, jetzt „Bereitschaft“, zu Ehren des nunmehr freien Proletariats eine kleine Festlichkeit veranstalten. Unsere Genossen werden durch zahlreiches Erscheinen beweisen, daß ihre Anhänglichkeit an ihre „Presländer“ gewachsen ist, je länger sie seinen Umgang entbehren müßten!

Des Wahlrechts verlustig erklärt worden ist ein hiesiger Zimmerer, weil seine Frau sich seit 15 Jahren für Rechnung des Landarmenverbandes in der hiesigen Irrenanstalt befindet, und der Bürgerausschuß als Armenunterstützung ansieht. Der Betroffene hat jedoch, wie er uns gegenüber persönlich mittheilt, bis 1890 wählen dürfen und bezahlt trotz dieser Armenunterstützung jährlich 11 Ml. Steuern.

Eine öffentliche Wählerversammlung, in welcher Herr Gebhard Wilhelmshöhe, Bornwerf, Kempelsdorf, Schönböden und Trems befehlen will, findet am Freitag Abend in der „Hansahalle“ statt. Da natürlich unbeschränkte Redefreiheit von — 5 Minuten gewährt wird, so haben Gegner in dieser Versammlung nichts zu suchen.

Gegen Lauenstein wendet sich im Sprechsaal der „Lüb. Anz.“ ein Landmann, der hoffentlich nicht in der Königstraße zu Lübeck, sondern wirklich in Rüsse, wo man nach seiner Angabe von der antisemitischen Kandidatur nicht besonders erbaut ist, anlässlich ist.

Zum Wahlvorsteher für den 17. Bezirk ist an Stelle des abwesenden Herrn C. E. Schmersahl Herr Friedr. Eduard Ewers und für diesen als Stellvertreter Herr Anton Christian Ludw. Schweighoffer vom Bürgerausschuß ernannt.

1. Arbeitererfikt. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute Vormittag auf dem Holzplaz von Gohmann u. S. Jürgen. Der Arbeiter Schrader wurde von einem flüchtenden Bretterstapel so schwer verletzt, daß er mittels Krankentorb nach dem Krankenhause geschafft werden mußte.

Ver schwunden ist seit reichlich 8 Tagen ein in der Biegelstraße wohnender sechzigjähriger Kornträger. Man

besteht, daß ihm etwas zugestossen ist, da irgendwelche Gründe für sein Verschwinden nicht bekannt sind und er eine größere Summe Geldes bei sich führte.

Vom Tage. Untersuchung ist gegen einen Lehrling wegen Sachbeschädigung eingeleitet. Er hat mit einer Schleuder 7 Fensterscheiben demolirt.

Eine Altersunterstützung in Höhe von 600 Ml. p. a. wollen Senat und Bürgerausschuß dem zum Uebertritt in die Berufsfeuerwehr seines Alters wegen ungeeigneten bisherigen Geschirrmachers der städtischen Feuerwehr W. bewilligen.

Eine Arbeitsnachweis-Konferenz der Vertreter von Arbeitgeber, Nachweisen, einberufen vom Arbeitgeberverband Hamburg-Altona, findet am 5. Sept. d. J. in Leipzig statt. Die vorläufig festgesetzte Tagesordnung lautet:

- 1) Geschichtliches vom Arbeitsnachweis. Referent: Dr. D. Martens, Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona.
- 2) Verwaltungsprinzipien und Verwaltungspraxis im Arbeitsnachweis. Referent: L. Thielow, Sekretär des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs.
- 3) Ergiebigkeit Wirkungen des Arbeitsnachweises. Referent: Hauptmann a. D. Kleffel, Sekretär des Verbandes Berliner Metallindustrieller.
- 4) Der Schatz des kleinen Arbeitgebers durch den Arbeitsnachweis. Referent: L. Kasse, Sekretär der Vereinigung Berliner Metallwaren-Fabrikanten.
- 5) Anträge aus der Versammlung. — Ueber die Wirksamkeit der in den Händen der Arbeitgeber befindlichen Arbeitsnachweise wird in dem Einladungsbriefen bemerkt, daß sie in hervorragender Weise geeignet erscheinen, die gefährdete Position des deutschen Unternehmertums zu befestigen, für den tüchtigen, fleißigen Arbeiter eine Zeit und Wege ersparende Vermittlungsstelle zu bedeuten und auf arbeitsethische oder irreführende Arbeiterkreise ergiebig zu wirken vermögen.

Das diesjährige Aushebungs-Geschäft für den Aushebungs-Bezirk der freien und Hansestadt Lübeck wird in der Zeit vom 6. bis 10. Juni ds. Js. in Lübeck auf dem Bockenhofe (Vorstadt St. Gertrud) stattfinden. Alle Militairpflichtigen, die sich vor der Ober-Ersatz-Kommission zu stellen haben, werden aufgefordert, zu dem Zeitpunkt, der ihnen durch Stellungsbefehl bekannt gegeben ist, pünktlich zu erscheinen und ihre Militairpapiere mitzubringen. Militairpflichtige, welche der Aufforderung, sich vor der Ober-Ersatz-Kommission zu stellen, ohne einen als genügend anerkannten Grund keine Folge leisten, oder beim Aufruf ihrer Namen im Musterungsraum nicht anwesend sind, können nicht nur durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmittel zur sofortigen Bekleidung angehalten werden, sondern unterliegen auch den im § 26, 7 der Wehr-Ordnung angedrohten Strafen und den weiteren bafelst namhaft gemachten Folgen der Nichtstellung.

In das Handelsregister ist eingetragen: am 24. Mai 1898 auf Blatt 45 bei der Firma „J. A. C. Ludw. Bruhn u. Sohn“: 1. Johann Wilhelm Eduard Girksfeld, 2. Hans Friedrich Adolf Witzig, Kollektiv-Produzenten.

Gefundene Gegenstände. Als gefunden sind bei dem Polizeiamt eingeliefert worden: eine silberne Broche, eine goldene Broche, ein goldener Trauring mit Jahreszahl und Buchstaben, ein goldener Siegelring, ein goldener Manschettenknopf.

Parteigenossen, gedenkt des Wahlfonds!

* Schwartau. Bezahlung von Holz. Das aus den Staatsforsten abgegebene Einliegerholz ist bis Ende Juni cr. bei der Forstkasse zu bezahlen.

z. Gniffan. Feuer. Am Dienstag Morgen 7 1/2 Uhr brannte die auf Hohenhorst belegene Kathe der Eigenkathner H. Grimm und H. Jaack total nieder. Gerettet ist garnichts. Bedauerlich ist, daß auch dem mit in dem Hause wohnenden, mit vielen Kindern segneten Arbeiter Brähler die gesammte, nicht versicherte Habe von den Flammen vernichtet wurde. Die Entstehungursache ist unbekannt, man vermuthet Schadhastigkeit des Schornsteins.

Hamburg. Dr. Semler auf dem Drahtseil. Die possirlichen Tänze, welche der kleine Schreier des Reichstagswahlvereins in seiner Eigenschaft als Reichstagskandidat aufführt, werden von Tag zu Tag belustigender. Alle Welt weiß, wie wüthend der bismärckische Oberfadelant zu allen Zeiten auf die Sozialdemokraten gewesen und daß er sie am liebsten mit Haut und Haaren zum Frühstüd verpeißt hätte. Bei seiner Wahlagitation im Oldenburgischen spannt er jetzt jedoch ganz andere Seiten auf. So wird über eine Versammlung in Oldenburg i. Gr. berichtet, daß Dr. Semler die Sozialdemokraten ganz ungehorsam ließ, auch im Uebrigen seine Kampfweise gegen die Sozialdemokratie wesentlich gemildert hat, ja sogar die Berechtigung der Sozialdemokratie für die arbeitende Klasse vollständig anerkannte. — „Nachbarin, Guter Mäuschen!“ Wer hätte das von Dr. Semler gedacht. Aber wir haben es ja voraus gesagt, daß er auch noch dahin kommen würde, der Sozialdemokratie manche gute Seiten abzugewinnen. Gegenüber der fortgesetzten Ablehnung seiner Gegnerschaft zum bestehenden Reichstagswahlrecht sei hier nochmals wörtlich zitiert, was Dr. Semler im Jahre 1895 in der bekannten Versammlung des Reichstagswahlvereins sagte:

„Wollt Ihr einen erfolgreichen Kampf der staatserkhaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie, so ändert zuvor das Wahlrecht!“ (Lebhafte Beifall und Bravorufe.)

Also steht es klar und deutlich zu lesen in der Rede des Dr. Semler, die derselbe, noch bevor sie gehalten war, den „Hamb. Nachr.“ und dem „Hamb. Correspond.“ zufließte, wie das jetzt auch wieder seitens des Herrn Dr. Danzel mit seiner am Donnerstag zu haltenden Rede gesehen ist. Wenn nun von Dr. Semler jetzt positiv versichert wird, er wolle an dem bestehenden Wahlrecht festhalten, so mag das für den Augenblick zutreffen. Da Dr. Semler aber vom Jahre 1895 bis heute eine so gründliche Wandlung zum Besseren durchgemacht hat, wird man es nicht für ausgeschlossen, im Gegentheil für höchst wahrscheinlich halten dürfen, daß er sich nach den Wahlen schleunigst wieder zum Gegner des Reichstagswahlrechts zurückentwickelt, wie er, wie Figura zeigt, noch vor ganz kurzer Zeit gewesen ist. Also Vorsicht ist für die Reichstagswähler auch hier die Mutter der Weisheit.

Hamburg. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich, nach dem „Fremdenblatt“, Dienstag Abend am Herrengraben, im Thorweg bei Doppelröhne, Nr. 68. Beim Rangieren eines Wagens gerieth der neunjährige Sohn der Wittve von Sacht mit dem Kopfe zwischen einen Wagen und die Wand und wurde am Kopfe so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. Der Verunglückte soll der einzige Sohn der Wittve sein. Den Führer des Wagens soll keine Schuld treffen.

Hamburg. Schiffsunglück in der Nordsee. Der Petroleum-Tankdampfer „Washington“, Kapl. Dinglage, welcher Mittwoch Morgen 6 Uhr 30 Minuten nach hier kam, hat auf der Heimreise zwischen Vorkum und Tersehelling in der vorletzten Nacht den mit sechs Mann besetzten besetzten englischen Fischerkutter „Triumph“ aus Yarmouth in dichtem Nebel in Grund gerannt. Um 9 Uhr Abends befanden sich die beiden Schiffe in etwa drei Meilen Abstand von einander bei Tersehelling und um 12 Uhr erfolgte der Zusammenstoß. Es wurden sofort Rettungsversuche angestellt. Der Kapitän John Read und die Matrosen Heath und Smith konnten denn auch gerettet werden. Die Matrosen Legget, Aggridge und Gordine sind voraussichtlich ertrunken. Der Führer des Dampfers, Kapitän Dinglage hatte vier Lifebojen ausgeworfen, auch sollte das Großboot zu Wasser gelassen werden, was jedoch nicht erfolgen konnte, weil der Läufer unklar wurde und außerdem das Signal eines anderen Dampfers ertönte, so daß man auf der Hut sein mußte, um nicht übergerannt zu werden. Das Fischerfahrzeug gehörte zu der Gesellschaft „Short Blue Fleet von Yarmouth.“

Altona. In der am 6. Juni beginnenden Schwurgerichtsperiode wird u. A. verhandelt: am 8. Juni gegen den Pferdehändler Bülow aus Oldesloe wegen Verbrechens der Nothzucht. — Wegen Beihilfe und Anstiftung zur Brandstiftung wird sich am 13. Juni die Arbeiterfrau Johnson aus Honkfeldt zu verantworten haben, die Vertheibigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Wiss-Lübeck.

Neterfen. Streik der Tischler. Nachdem vor einigen Wochen die Tischler in Unterhandlungen mit ihren Meistern eingetreten waren zwecks Beseitigung von Kost und Logis beim Meister, und Bewilligung eines Minimallohnes von nur 25 Pfg. pro Stunde, ist ihnen diese heischeidene Forderung jetzt verweigert worden. Darauf sind am Montag sämtliche Gehilfen in den Streik eingetreten.

Kellinghusen. Ein sonderbares Versammlungsverbot. Der Vertrauensmann für Kellinghusen hatte für Donnerstag, 19. Mai, eine Wählerversammlung, welche auf dem Grundstück des Rättners Peter Schröder-Wulfsmoor stattfinden sollte, angemeldet. Die Versammlung wurde aber unter folgender Motivierung verboten: „Stellau, 16. Mai 1898. Herrn Schmidt, Schlachter in Kellinghusen. Auf Ihre Anfrage, betreffend Versammlung am Himmelfahrtstage, verfehle ich nicht, Ihnen ergebenst zu berichten, daß die Versammlung unter freiem Himmel wegen der unglücklichen Witterung und der ungeschickten Lage des Versammlungsortes zur Zeit nicht stattfinden kann. Es steht Ihnen frei, bei eintretender günstiger Witterung Ihren Antrag zu wiederholen. Der Amtsvorsteher, Humfeldt.“ — Sollte der Herr Amtmann wirklich so besorgt um die Versammlungsbefucher sein, daß er verhindern möchte, dieselben einen Schnupfen ausgefetzt zu sehen?

Vorshöved. Am Montag Abend war hier Versammlung unter freiem Himmel. Lokalitäten stehen uns hier, wie in fast allen kleineren Orten, nicht zur Verfügung. Doch giebt es glücklicher Weise in unserem Wahlkreis eine große Anzahl freidenkender Leute, die es für ihre Pflicht halten, es auch der Sozialdemokratie zu ermöglichen, ihre Anschauungen vor den Wählern zu vertreten. In Vorshöved haben wir bei der letzten Wahl 27, die Gegner dagegen 117 Stimmen erhalten. Eine solche Versammlung, wie am Montag Abend, hat Vorshöved bisher noch nicht gesehen: Groß- und Kleinbauern, Doktor, Apotheker, Handwerker und Landarbeiter — Alle waren erschienen, um den bisherigen Vertreter des Wahlkreises einmal reden zu hören. Auch von weitab gelegenen kleinen Dörfern, in welchen voraussichtlich Wahlversammlungen nicht werden abgehalten werden können, waren Landleute erschienen — über 200 Personen waren anwesend. Genosse v. Elm sprach ca. anderthalb Stunden mit klarer, weithin vernehmbarer Stimme. Trotz alledem es merklich kühl war auf dem weiten Platz, so entfernte sich doch Niemand. Die Ausführungen v. Elms fanden wiederholt lebhaften Beifall. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Genosse v. Elm forderte zum Schlusse alle Diejenigen, welche davon überzeugt sind, daß die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei gefördert werden müssen, auf, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß schon am 16. Juni der Sieg unserer Partei ausfalle und eine Stichwahl vermieden werde. Die Summen, die eine Stichwahl koste, könnten weit besser in anderen Wahlkreisen zur Förderung der Sache des Volkes verwendet werden. Es gelte deshalb, alle Lauen aufzurütteln

und ihnen begeistern zu machen, daß es eine schwere Pflichtverletzung sei, wenn sie am 16. Juni ihre Stimme nicht gleich abgeben, in dem Glauben, daß es ja doch wieder eine Stichwahl gebe.

Die Reichstagskandidaten der sozialdemokratischen Partei

find:

Im Wahlkreis Lübeck: Geschäftsführer **Theodor Schwarz-Lübeck.**
 1. Oldenburgischen Wahlkreis (Eutin-Oldenburg-Wirkenfeld): Buchdruckerbesitzer **Paul Hug-Bant.**
 9. Schleswig-Holstein. Wahlkreis (Flensburg): Bureau-Beamter **Paul Weinheber-Hamburg.**
 10. Schleswig-Holstein. Wahlkreis (Lauenburg): Bureaubeamter **Friedrich Tesche-Altona.**

Gerichtliche Zwangsversteigerungen:

im Gerichtshause, Zimmer 20, Donnerstags 12 Uhr.

Grundstück	Eigentümer	Einsch. Mt.	Termin
Endwischstraße 40	Müller	9 000	2. Juni
Stavenstraße 43	Freitag	5 400	2. „
Planer 39	Studier	18 500	2. „
Vindensstraße 58	Niß	10 000	9. „
Meierstraße 6b	Yallosien	3 600	9. „
Armsirstraße 29	Teichgräber	—	10. „
Armsirstraße 31	Teichgräber	—	10. „
Fadenbörger Allee 67	Bibell	14 000*	10. „
Blücherstraße 45	Wehling	23 000	10. „
Erwensände, Borber.	—	—	—
reihe 28a	Begener	10 000	23. „
Drögestraße 15a	Schimmelbusch	5 000	23. „
Kilchergarbe 68	Schubert	24 400	23. „
Drögestraße 15	Malf	11 500	23. „

* und Grundhauer.

Steuerausgleichsmarkt.

Hamburg, 25. Mai
 Der Schweinehandel verlief gut. Zufgeführt wurden 400 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 50—52 Mt., leichte 53—54 Mt., Sauen 40—46 Mt. und Ferkel 51—53 Mt. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

- D. „Wiborg“, Kapl. Starke, ist am 24. Mai in Rotta angekommen.
- D. „Imatra“, Kapl. Schönig, ist am 24. Mai in Rotta angekommen.
- D. „Aegir“, Kapl. Sjöman, ist am 24. Mai in Helsingfors angekommen.
- D. „Wahlstraße“ ist am 24. Mai von Petersburg nach Warberg abgegangen.
- D. „Hansa“, Kapl. F. Schmalzfeldt, ist am 25. Mai in Libau angekommen.
- D. „Frei“, Kapl. Carl Hämelst, ist am 24. Mai von Jakobstad auf hier abgegangen.
- D. „Burg“, Kapl. Ziel, ist am 25. Mai in Königsberg angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Unserm Freunde Heinrich Maass zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche!
 A. M.

Zu verm. ein Logis für ein oder 2 junge Leute **Pankstraße 15c.**

Umständlicher eine übergepolsterte Garnitur (Sopha und 2 Herrenstühle) billig **Mengstraße 41.**

Ein Kinderwagen billig zu verk. **Mitterstraße 5.**

Gebrachte Trittmaschinen **gebe spottbillig ab.**
J. H. Reimann
 Königstraße 93.

Knaben- und Mädchenstiefel, reelle Arbeit, außergewöhnlich billig. **Hügelstraße 34, part.**

Telephon **Käse** Telephon 610.
 en gros & en detail.
 Prima Hoquefort-Käse Pfd. 1.50 Mt.
 „ Emmentaler Schweizerkäse Pfd. 1.10 Mt.
 „ Bährischen Schweizerkäse Pfd. 1 Mt.
 „ Westpreuß. Schweizerkäse Pfd. 80 Pf.
 „ Eidamer Käse Pfd. 1 Mt.
 „ Holländ. Käse Pfd. 1 Mt., 90, 80, 60 Pf.
 „ Tilsiter Käse Pfd. 80, 70, 60, 50, 40, 30 Pf.
 „ Holsteinischen Käse Pfd. 20 und 25 Pf.
 „ Wisser-Marsch-Käse Pfd. 80 und 60 Pf. empfiehlt

C. Krapp, Lübeck, obere Bahnhofsstraße 6.
 NB. Größtes Käse-Lager am Platze in allen nur denkbaren Sorten; bei Abnahme von mehreren Pfunden bedeutend billiger. Preis-Verzeichnisse an die Herren Wiederverkäufer, Hoteliers und Restaurateure sende gerne franco. Bestellungen werden prompt ausgeführt, auch nach auswärt. **D. D.**

Empfehle mein großes Lager
Taschen-Uhren
 in allen Preislagen u. besonders schöner Ausstattung.
Herren-Uhren von 7 Mark an.
Damen-Uhren von 12 Mark an.
Ketten
 in Silber, Doublet und Nickel in sehr großer Auswahl.
Aug. Büttner, Hügelstraße 32.

An die Bewohner Lübecks!
 Wir weisen darauf hin, daß vom ersten zum zweiten Festtage die Arbeit ruht, und bitten mit dieser Thatsache rechnen zu wollen.
Sämmtliche Bäckermeister Lübecks.

Dampfschiff „Emanuel Geibel“
 fährt zwischen Lübeck—Herrenfähre—Schlutup.
 Abfahrt gegenüber „Stadt Oldesloe“, nahe Holstenbrücke.
 Am ersten Pfingsttag: Am zweiten Pfingsttag:
 Vorm. 5.30, 8 Uhr, Nachm. 1, 3.30, 6 Uhr. Vorm. 7 Uhr, Nachm. 1.30, 4 Uhr.
 Abfahrt von Struckfähre 10 Minuten später.
 Abfahrt von Schlutup:
 Vorm. 6.45, 10 Uhr, Nachm. 2.15, 5, 7.15 Uhr. Vorm. 10 Uhr, Nachm. 2.45, 7.15 Uhr.
 Abfahrt von Herrenfähre 15 Minuten später.
 Fahrpreis: Herrenfähre 20 Pfa., Schlutup 30 Pfa.

In gegebener Bereanfassung und um Zerthümer zu vermeiden, theile ich meiner werthen Kundschafft hierdurch mit, daß ich bei dem **Caffee-Geschäft „Java“, Mengstraße, Nicht** betheiligt bin.
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.
 Eigene Caffee-Brennerei mit Motor-Betrieb.

Ohne Preiserhöhung
 liefere ich sämmtliche **Spirituosen** eigener Destillation in Gebinden, Flaschen und im Klein-Verkauf.
Kollie- und Brennspirit 95/0
Öter 40 Pfg. — Flasche 1/4 Liter 30 Pfg.
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Telephon **Butter** Telephon 610.
 en gros & en detail empfiehlt billigst
C. Krapp, ob. Bahnhofsstr. 6.
 NB. Regelmäßige Lieferungen in Töpfen von 1/2 Pfund an wöchentlich zweimal durch meinen Wagen. — Bestellungen nehme gerne entgegen. **D. D.**

Frische Eier
 Mecklenburger 13 Stück 60 Pfg., beste Sorte, fremde 7 Stück 30 Pfg., sehr schöne Landmettwurst, per Pfd. 90 Pfg., 1 und 1.10 Mt., beste Margarine von **A. L. Mohr**, per Pfd. 60 und 50 Pfg., frische Butter, per Pfd. 95 Pfg. und 1 Mt., kleine Kochschinken und do. zum Rohessen empfiehlt
J. F. D. Götke, Hügelstraße 26.

Ber. Carbonade ohne Knochen, mager, Pfund 65 Pfg.
Fetter Speck, mit Landrauch ger. Pfund 60 Pfg.
Vorderschinken, 7—8 Pfd. schwer Pfund 52 Pfg.
Holsteiner Käse, feinste Qualität Pfund 20 Pfg.

Tilsiter Käse Pfund 30, 40, 50, 60, 70, 80 Pfg.
Feinste Meierei-Butter Pfd. 90 und 95 Pfg.

Van den Bergh's holländische Süßrahm-Margarine Pfd. 45, 50, 55 und 60 Pfg.

Schmalz Pfd. 40, 45, 50 und 60 Pfg.
August Holst, Holstenstraße 6.

Mohr'sche Margarine feinstes Produkt FF Pfd. 60 Pf.
 Marke A B Pfund 50 Pfg.
 hält im Laden rechts bestens empfohlen. Proben FF in Glasflöden werden gratis verabreicht.

Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Meierei-Lafel-Butter feinstes Produkt empfiehlt zu stets billigsten Preisen im Laden links
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Spoise-Halle Hansa Mengstraße 24. (Mittagstisch v. 11 1/2—2 U.) Freitag: Brotsuppe mit Corinthen, gebratene Leber, Kartoffeln, Sauce, Gurken.

Chronik auf das Jahr 1848.

26. Mai.

Die Flucht des Kaisers aus Wien hatte dort in weiten Kreisen große Bestürzung und Unbehagen hervorgerufen. Aus dieser Stimmung schöpften die Regierung Muth und Ordnung in der Nacht vom 25. zum 26. Mai an, die akademische Legion, von der die demokratischen Tendenzen hauptsächlich getragen wurden, müsse die Waffen niederlegen. Die Studenten riefen jedoch in den Vorstädten die Arbeiter zu Hilfe, welche letztere sich vollständig mit der akademischen Legion solidarisch erklärten und zu vielen Tausenden in die innere Stadt zogen. In kürzester Frist fanden in Wien etwa 180 Barrikaden, die von den Arbeitern, den Studenten und einem Theil der Nationalgarde besetzt wurden. Die Regierung hatte sich eine so warme Sympathie der Bevölkerung mit den demokratischen Bestrebungen nicht vermuthet und ließ es zu keinem Kampf kommen. Das Militär wurde aus den Straßen zurückgenommen und der Befehl zur Auflösung der akademischen Legion rückgängig gemacht. Diese bezog mit dem Militär gemeinschaftlich die Wachen. Nach diesem abermaligen Siege des Volkes wurde es vorläufig in Wien etwas ruhiger.

27. Mai.

Die Frankfurter Nationalversammlung beschloß: „daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu erklarenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind.“

Wie „Verschwörungen“ gemacht werden.

Der Reichsgerichtsrath Otto Mittelstädt, der seiner Zeit zu den „schneidigsten“ Staatsanwälten in Preußen gezählt hat, veröffentlicht in dem letzten Heft der „Zukunft“ charakteristische Erinnerungen aus seiner Staatsanwaltschaftszeit.

Am 7. Mai 1866 wurde der damalige Ministerpräsident Graf Bismarck auf der Straße von dem Studenten Cohen-Blind, einem natürlichen oder Stiefsohn des Karl Blind in London, angefallen. Cohen war ein junger Akademiker der landwirthschaftlichen Hochschule in Hohenheim bei Stuttgart; er erblickte in Bismarck den Mann, der den Bruderkrieg entfesseln wollte, und schloß auf ihn, ein wirrer Schwärmer. Er verletzete Bismarcks Kleider, nicht ihn, wurde auf das Polizeipräsidium am Wolkenmarkt gebracht und durfte dort, so schreibt Herr Mittelstädt, eine Pause in der Vernehmung benutzen, um sich mit seinem Taschennesser den Tod zu geben.

Vierzehn Tage darauf erhielt der damalige Staatsanwalt Mittelstädt einen sonderbaren Auftrag.

Seit Blinds Attentat hatte sich folgendes abgespielt: Stieber war seit dem verhängnisvollen Prozesse, der dem Ankläger, dem Oberstaatsanwalt Schwarz und Stieber, dem Angeklagten das Amt kostete, zur Disposition gestellt worden; seine Polizeistreiche hatte er vor Gericht selbst als „Schweinerel“ bezeichnet. Er sehnte sich natürlich danach, Amt, Gehalt, Einfluß bald wieder zu gewinnen.

„Die unglaublich schlechte Art“, erzählt Mittelstädt, „in der das Berliner Polizeipräsidium das Attentat Blinds behandelt hatte, gab ihm die erwünschte

Gelegenheit, zunächst bei Frau von Bismarck, dann auch bei König Wilhelm sich in Gunst zu setzen. Es wurde ihm nicht schwer, eine durch den Mordversuch erschütterte, mit allen Herzensfasern an ihrem Mann hängende Frau zu überzeugen, daß unter solcher kläglichen Polizeiwirtschaft, wie sie sich jüngst betätigt hatte, der Ministerpräsident keinen Tag sicher sei, das Opfer eines erneuten Attentats zu werden. Er erbot sich und erhielt die Erlaubniß, die Recherchen selbst in die Hand zu nehmen, engagierte zu diesem Zweck zwei russische Geheimpolizisten seiner früheren Bekanntschaft (die deutschen Agenten waren für die Aufgabe schon äußerlich allzu schätzbare Erscheinungen), verfaß sie mit falschen Pässen, fremden Namen, entsprechender Instruktionen, schickte sie nach Hohenheim und ließ sie sich dort als zwei vornehme exotische Gentlemen an der Hochschule immatrikulieren. Sie erhielten sehr respektable Tagegelder und berichteten für das Geld täglich an Stieber die abenteuerlichsten Dinge.

Nach diesen Berichten war ganz Hohenheim das reine Mörderneß; nächlich im Walde bei Mogensheim pflegten sich die Verschwörer zu versammeln; eine ganze Rote hätte feierlich durch Schwur sich verpflichtet, Mann für Mann nach Berlin auszurücken, das von Blind Verfehlt erfolgreich in's Werk zu setzen und nicht eher zu ruhen und zu rasten, als bis Bismarck ein stiller Mann geworden sei. Man kann sich denken, welchen Eindruck solche von Stieber geschickt benutzte Berichte zunächst auf Frau von Bismarck und dann auch auf König Wilhelm machen mußten. Die nächste Wirkung war, daß ein Befehl des Königs den Justizminister anwies, einen seiner Staatsanwälte nach Würtemberg zu schicken, um dort durch seine persönlichen Inquisitionen die schwäbischen Gerichts- und Polizeibehörden zu energischem Einschreiten gegen die Hohenheimer Mordgesellen zu veranlassen. Ich vermuthete, daß Stieber ursprünglich darauf gerechnet hatte, selbst mit der Mission nach dem Schwabenland beauftragt zu werden, spätere juristische Erwägungen im Kabinett aber diesen Weg ungangbar gemacht hatten. So war die Wahl des Ministers auf mich gefallen, dem der zu wandelnde Weg auch nicht gangbarer erschien.

Der Justizminister Graf Lippe, ein Exzeptionär, „hatte sein Pulver gegen Stieber bereits vergeblich verschossen, er zeigte mir achselzuckend die königliche Ordre, der er pariren müsse wie ich...“

Mittelstädt reist also (die Kriegswetter von 1866 brauten bereits) nach Stuttgart. Der schwäbische Justizminister, nachdem er die erste Verblüffung über die seiner Justiz hier entgegengetretene Zumuthung überwunden hatte, äußerte sich, liebenswürdig schwäbelnd, etwa dahin: „Wissen Sie, Herr Staatsanwalt, daß wir Ihren Herrn von Bismarck hier zu Lande gerade lieben, kann ich nicht sagen; so weit sind wir aber noch nicht, gegen ihn Meuchelmörder bedächtig aufzuzüchten; untersuchen Sie also ungenirt, so viel Sie wollen; es ist mir zwar noch unklar, wie wir es

nach Lage unserer Prozeßgesetze werden einrichten können, Sie bei den Untersuchungsbehandlungen persönlich mitwirken zu lassen, und ich muß darüber noch mit meinem Generalstaatsanwalt in Berathung treten; bitte, besuchen Sie mich zu einer gemeinsamen Konferenz morgen wieder; was irgend geschehen kann, um all' Ihre Wünsche zu befriedigen, soll sicherlich geschehen.“ „Als ich recht erleichterten Herzens die Treppen des Justizministeriums herunterstieg, dachte ich darüber nach, wie Graf zur Lippe wohl einen württembergischen Beamten behandelt haben würde, um der preussischen Justiz auf die Beine zu helfen.“

Und das Ergebnis der gerichtlichen und mittelstädtischen Erhebung?

Das Gesamtergebnis meiner Untersuchung läßt sich kurz zusammenfassen. Das Stiebers „Vertrauensmännchen“ aus Hohenheim nach Berlin berichtet hatten, war vom Anfang bis zum Ende nichts als eine Summe von Lügen eigensten geheimpolizeilichen Fabrikates. Die landwirthschaftliche Akademie in Hohenheim hatte damals einen ziemlich vornehmen internationalen Charakter. Unter der überwiegenden Zahl von Engländern, Amerikanern, Spaniern, meist den besten Familien fremdländischer Aristokratie angehörig, hatte der stille, in sich gefehrte Judenknabe während der wenigen Monate, die er sich überhaupt auf der Hochschule aufgehalten, nur eine verschwindende Rolle gespielt. Kaum, daß ein paar Akademiker sich flüchtig des Namens und der Persönlichkeit erinnerten, die Mehrzahl kannte ihn gar nicht. Von Anhang und Freundschaft von Geheimbändeleien und Komplotten zwischen Cohen-Blind und diesen gänzlich unpolitisch angelegten jungen Leuten konnte nicht die Rede sein. Cohen hatte Ende März oder Anfang April Hohenheim verlassen, um nach Bayern, Böhmen, Sachsen eine Studienreise zu machen. Unterwegs erst — darüber ließen seine, an eine ihm besfreundete Tübinger Dame gerichteten Reisebriefe nicht den geringsten Zweifel zurück — hatte sich in dem jugendlichen Hirn beim Anblick der Kriegsvorbereitungen die Vorstellung festgesetzt, Deutschlands Fluren seien im Begriff, von einem neuen dreißigjährigen Kriege verwüstet zu werden, das alles sei das schuldige Werk eines Mannes, mit dessen Verschwinden von der Erbsünde der Friebe der Völker gesichert wäre. So war spontan der Gedanke der That in ihm entstanden; um sie auszuführen, war er von Dresden nach Berlin gefahren; der Revolver war in Dresden oder Berlin gekauft.

„Ich konnte mich demnachst“, erzählt Mittelstädt, „als Vorstand der „politischen“ Abtheilung der Berliner Staatsanwaltschaft wieder der geistvollen Thätigkeit widmen, wöchentlich ein Duzend Anklagen wegen durch schlimme Scheltworte gekränkter Nachtwächter mit meiner Unterschrift zu versehen. Unter zehn Fällen bestand durchschnittlich neunmal die „inkriminirte“ Aeußerung in der aus „Göth von Berlin“ bekannten, sonst für die Schriftsprache unzugänglichen kräftigen Zumuthung. Das nannte man damals am Wolkenmarkt „politische“ Anklagen. Ich hatte das Glück, Herrn Stieber nicht wiederzusehen. Ihm

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde

aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.

Von E. Spindler.

(46. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Fröschlein! Ihr redet irre!“ erwiderte Gerhard, der sich scheu in die Ecke schmiegte: „Was sichts Euch an? Ist das der Dank für meine fortgesetzte gutmüthige Theilnahme?“

„Ich möchte lachen, wäre mir nicht so fürchterlich ernst zu Sinne!“ begann Dagobert auf's neue: „Lachen ob Deiner heilagswerthen Einfalt. Mensch! Siehst Du denn nicht weiter als ein Maulwurf? Du entsehest mich durch die Botschaft von meines Vaters Tode. Kann der todte sein, der mir von diesem fürchterlichen Morde geschrieben hat?“

„Ich dummer Hans, murmelte Gerhard durch die Zähne, und schlug sich mit der gehaltenen Faust vor die Stirne. Dämmer als ein Sänsrich. Es ist auch wahr. Vergebst, Fröschlein, gestorben wird er nun wohl doch nicht sein, aber Ihr werdet nun aus dem Briefe sehen, daß gewiß etwas Schreckliches vorgefallen ist.“

Dagobert wollte soeben, um seinem Zweifel zu entgehen, die Wachsplatte von dem wohlverwahrten Schreiben lösen, als er noch einen langen forschenden Blick der Aufschrift schenkte.

„Rein!“ rief er alsdann, „bei unserer lieben Frau vom Berge! Da hätte ich etwas Hübsches angerichtet. Das Schreiben gehört meinem würdigen Dhm, dem Prälaten. Der eifrige Mann würde mich in Bann thun, läme es verlegt in seine Hände. Vergieb indessen meiner begreiflichen Neugier, wenn ich Dich jeho allein lasse, zur Stunde, wo der Becher Dir am besten mündet. Ich denke das Versäumte nächstens einzuholen. Für jetzt aber eile ich, den Dhm, so leid mir's thut, aus seiner abendlichen Bequemlichkeit zu stören, denn bis morgen die Un-

gewißheit zu ertragen, vermag mein Gemüth nicht. Gute Nacht!“

„Gute Nacht, Junker!“ entgegnete Gerhard treuherzig, „Ihr hegt doch keinen Groll gegen mich?“

„Sorge nicht“, sagte Dagobert: „Was kann der Mund dafür, daß er einem ungeschickten Kopfe gehorcht? Ich und trink, denn die freie Tafel bis zum Turnier soll darum nicht wegfallen.“

Der Prälat staunte nicht wenig, die Stille seines Hauses durch ein ungebührliches Pochen und Lärmen gestört zu sehen und traute kaum dem Berichte des zur Pforte gefandten Dieners, der die Ankunft des Neffen ankündigte, welcher Haus und Hof im Sturme für sich eingenommen habe. Der furchtsame Geistliche, der sehr geneigt war, an eine beabsichtigte Gewaltthatigkeit seines Wildfangs von Anverwandten zu glauben, rief Fiorillen herbei, die ihn nur mit Mühe von dem Vorhaben abhielt, seine ganze Dienerschaft zu seinem Schutze um sich her zu versammeln.

„Entschuldigt meinen seltenen, späten und überlästigen Besuch!“ rief Dagobert beim Eintreten: „Mein Geschäft bei Euch ist allerdings nur kurz, aber um so dringender!“

Der Prälat lief einige Schritte zurück, da Dagoberts Hand rasch nach dem Gürtel fuhr, um den Brief herauszuziehen, und die Versicherung Fiorillens, es sei wirklich nur ein harmloses Papier und keine Mordwaffe, welches der Wetter bei sich trage, konnte Monsignore kaum beruhigen. Dagobert war genöthigt, ihm wie einem widerstrebenden Kinde die Finger zu öffnen, und den Brief hineinzulegen, mit der Bitte, doch alsobald ihm den Inhalt desselben mitzutheilen.

Nun begann der Muth des Prälaten wiederum zu wachsen.

„Per dio e la santissima vergine!“ entgegnete er mit aufgeblasenen Backen, da er den Ungrund seiner Besorgniß einsah; „heißt das nicht die Nothheit eines deutschen Lummels auf die höchste Spitze steigern? Wie nanntest Du Dich vorhin? Einen seltenen, späten, über-

lästigen Gast? Jawohl, eine Lüge sagtest Du mindestens nicht in diesen Worten! Ist das eine feine Zucht und Sitte? Ueberfällt bei Nacht und Nebel, einem Buschklepper gleich, seinen Dhm, einen Prälaten, der noch obendrein aufgebracht gegen ihn ist, und mit Recht ungehalten auf seinen Lebenswandel. Und warum dieser Ueberfall, der manchen weniger Beherzten den blaffen Tod hätte zufügen können? weshalb dieser Gräuel? Um einen Brief zu überbringen, der morgen ebenso gut gelesen werden könnte, denn heute.“

„Mag sein, Dhm“, erwiderte Dagobert, „ich kann Euch aber darum doch nicht helfen. Meine Besorgniß ist zu groß. Meinem Vater ist ein Unfall zugestoßen, dessen nähern Verlauf ich heute noch wissen muß.“

„Höre doch einmal zu, Fiorilla!“ seufzte der Prälat, trostlos die Hände faltend, „höre doch, wie der Selbstschnebel zu mir spricht. Wie ein Guardian zu einem Novizen. Was geht mich denn seine Besorgniß an? Warum muß ich denn gerade heute noch das Schreiben lesen?“

„Weil es meinen Vater betrifft“, versetzte Dagobert heftig, „der freilich nur Euer Bruder ist, und weil ich — kurz und gut — nicht eher aus dem Hause gehe, als bis ich weiß, was den Meinen zugestoßen.“

„Du wirst sehen“, raunte der Prälat Fiorillen in's Ohr — „du wirst sehen, er setzt uns noch auf die Gasse, und macht sich breit in meinen vier Pfählen. Sieh nur, er glüht im Gesichte wie ein Kobold. Ob er betrunken ist, oder ob er am Weitzanz laboriert, oder — was den deutschen Varen öfters zu begegnen pflegt — gerade von einer verderblichen Lust zu morden und zu wüten befallen ist — wer weiß das?“

„Thut ihm deshalb den Gefallen, den er verlangt“, ermahnnte Fiorilla, „Sohnesliebe spricht aus ihm.“

„Nun, wenn du meinst“, versetzte der Prälat, „so sei es drum. Sieh mir die Krille, und zünde mir im Nebengemach die Lampe an. Du weißt wohl“, setzte er leiser hinzu, „daß ich an dem verdammten krausen Geschrift lange studiren muß mit meinen blöden Augen

Bund der Landwirthe und Nationalliberale hergeben, schließt den Ausruf, der in das Lösungswort von 1848 erklingt: Alles für das Volk, Alles durch das Volk!

Die „Deutsche Volkspartei“ hat bis jetzt 30 Kandidaten aufgestellt, davon den größten Theil in Württemberg.

Zur schärferen Verfolgung der „Kontraktbrüchigen“ Landarbeiter hat der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen verlangt, daß die Klamen aller in Frage kommenden Arbeiter in den Amtsblättern nicht nur der Provinz, sondern auch in Anhalt, Braunschweig, Hannover und den thüringischen Staaten veröffentlicht würden. Allen Amtsverfehlern soll ferner eine Dienstinstruktion zugestellt werden, was man seitens der Behörden Alles gegen kontraktbrüchiges Personal sich erlauben darf. Die bisherige Drangsalirung genügt also den menschenfreundlichen Agrariern noch lange nicht, trotz aller verfallenden Sanktionen, aller Geld- und Gefängnisstrafen und aller polizeilichen Rücktransporte.

Schweden.

Eine Debatte über das Arbeiter-Koalitionsrecht im Reichstag. Gelegentlich eines Antrages der Regierung, eine Bergwerks-Gesellschaft vom Bergwerkszoll zu befreien, wogegen dieselbe ihr Ausbeutungsrecht auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt wissen will, wies unser Parteigenosse Sjalmar Branting darauf hin, daß, was die Regierung auch sagen möge, es sich hier um eine Festlegung eines Rechtes handle und die Bergwerks-Gesellschaft bevorzugt sei. Dazu sei aber keine Veranlassung, am wenigsten bei dieser Gesellschaft, die gerade jetzt mit ihren Arbeitern im Konflikt liege, weil sie denselben nicht gestatten wolle, den Gewerkschaftsverbänden und der sozialistischen Partei anzugehören, sondern nur erlaube, einen eigenen Fachverein zu begründen, der natürlich gar keine Bedeutung habe, wenn er nicht mit anderen in Verbindung trete und im Nothfalle von diesen auf Unterstützung rechnen könne. Es sei daher am Platze, der Bergwerks-Gesellschaft solche Vergünstigungen nicht zu bewilligen. Der Finanzminister Graf Wachtmeister erklärte hierauf, die Frage des Vereinigungsrechts der Arbeiter gehe den Reichstag und die Regierung nichts an. Einige andere Redner erklärten, daß jeder Arbeitgeber das Recht habe, solche Leute zu beschäftigen, wie er wolle. Den Staat ginge das nichts an. Branting sprach dann noch einmal. Er wüßte, daß er einen wunden Punkt für die Reichstagsmitglieder berührt hätte, und sie haben auch richtig offen Farbe bekant, was ihnen die wichtigsten Lebensintressen der Arbeiter gelten. Er habe nicht gesagt, daß die Berggesellschaft ihre Arbeiter schlecht behandelt, sondern daß sie ihnen ihre Bürgerrechte beeinträchtigt. Das ist eine Annahme, die sich die schwedischen Arbeiter nicht länger gefallen lassen wollten. Trotzdem wurde der Regierungsantrag mit 117 gegen 69 Stimmen angenommen.

Rußland.

Gresser †. In Warschau ist der berüchtigte einstige Ober-Polizeimeister von Petersburg, Gresser, gestorben. Mit ihm verschwindet einer der rücksichtslosesten Beamten aus der Regierungszeit Alexanders III. Gresser, der seine Laufbahn im Königreiche Polen eröffnete, wurde vom Zar Alexander III. unmittelbar nach seiner Thronbesteigung zum Stadthauptmann von Petersburg ernannt. Damals galt es, die „nihilistische Bewegung einzubämmen“ und die Residenzstadt an der Newa für das Leben des Zars sicher zu machen. Gresser bekundete in der Erfüllung seiner Aufgabe eine beispiellose Härteherzigkeit. Er füllte die Peter Pauls-Festung mit politisch „Verdächtigen“, ließ Tausende und abermals Tausende von jungen Leuten auf administrativem Wege nach Sibirien deportieren und etablierte eine förmliche terroristische Herrschaft. Als Stinzing Alexanders III. gelang es ihm, die Genehmigung des Zars zur Schließung vieler volksbildender Vereine und Anstalten zu erhalten. Er führte in Petersburg das Institut der Dworniki, der Polizeispione in der Gestalt von Hausbesorgern, ein und stellte, wie unlängst der russische Professor Polewoi berichtete, alle, die mit der Wissenschaft in irgend welcher Beziehung standen, unter geheime Polizeiaufsicht. Auch auf dem Gebiete der Verfolgung der Andersgläubigen in Rußland leistete Gresser Unglaubliches. Polen, Deutsche und Juden wurden von ihm drangsalirt; die Ausweisung der Juden aus Petersburg wurde nur auf seine Bestürmung angeordnet. Kurz nach der Thronbesteigung Nikolaus II. wurde Gresser in den Ruhestand versetzt; er siedelte nach Warschau über, wo ihn nun der Tod ereilte.

Soziales und Partei-Leben.

Totenliste der Partei. In Leipzig ist am 20. Mai die zweitälteste Tochter des Rechtsanwaltes und Notars Puttrich, eines der aufopferndsten Vorkämpfer der Sozialdemokratie Sachsens, Fräulein Anna Puttrich, nach kurzer Krankheit leicht und schmerzlos verschieden. Wie sie ihrem erblindeten Vater bei der Ausübung seiner Berufsgeschäfte mit unermüdlichem Fleiße zur Seite stand, so hat sie auch treulich für die Ausbreitung der Partei gewirkt. — Genossin Anna Puttrich ist am Montag Vormittag, an einem wunderschönen Frühlingsmorgen, auf dem Nordfriedhofe von Leipzig begraben worden. Zahlreiche Genossinnen und Genossen gaben der Freundin und Mitstreiterin das letzte Geleit. Ein Arbeitergesangverein wirkte bei der würdigen Feier mit. Der Vertrauensmann von Alt-Leipzig legte im Auftrage der Genossen einen Kranz auf dem Sarge nieder und widmete der Dahingegangenen herzliche ehrende Worte. Ein reicher Kranz- und Blumenschmuck zeigte, wie groß

die Theilnahme für Anna Puttrich war. Ehe ihrem Andenken!

Aus Nah und Fern.

Hamburg. Ein Liebesdrama spielte sich hier selbst am Sonnabend im Hause Reinkamp 23 ab. Der dort bei seinen Eltern wohnende 20 Jahre alte Schneidergeselle Richard Schramm aus Gotha, welcher ein Verhältnis mit der in demselben Hause in einem Comptoir beschäftigten 18 Jahre alten Frieda Laagen hatte, das diese aber aufheben wollte, wartete am Sonnabend so lange, bis das Mädchen aus dem Hause ging. Da die U. ihm aber ruidweg erklärte, ihrer Jugend halber sich auf solche Liebesverhältnisse noch nicht einlassen zu wollen, zog der ver schmähte Liebhaber einen Revolver hervor und gab auf das Mädchen drei Schüsse ab, von denen einer ihren Hals, der zweite die rechte Hüfte traf und der dritte nur ein Loch in ihr Kleid machte. Dann richtete Schramm den Revolver auf seine Brust, fehlte aber und lief nun in die Wohnung seiner Eltern, wo er sich durch einen Schuß in den Unterleib lebensgefährlich verletzte. Er wurde zunächst nach dem Kurhause und dann nach dem Eppendorfer Krankenhaus gebracht. Das Mädchen ist ganz unerheblich verletzt, sobald es bereits wieder seine Thätigkeit im Geschäft aufgenommen hat.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine Anklage wegen ruhestörender Lärms und Majestätsbeleidigung sollte gestern gegen die Handelsleute Haase und Deethloff vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verhandelt werden, da der letztgenannte aber wegen Krankheit am Erscheinen verhindert war, so wurde gegen Haase allein verhandelt. Am 7. Dezember v. J. riefen die Angeklagten in der Poststraße den „Vorwärts“ als „Meistes“ aus, und zwar sollen sie dabei so gebrüllt haben, daß die Leute die Fenster öffneten. Wie zwei Barbiergehilfen mit Bestimmtheit behaupten, haben die Angeklagten gerufen: „Bestechung des Reichstages durch den Kaiser!“ An jenem Tage hatte der Kaiser in üblicher Weise eine Anrede an die Mitglieder des Reichstages gehalten und diese Rede war, mit einigen redaktionellen Bemerkungen versehen, welche irgend etwas Anstößiges nicht enthielten, in der betreffenden Nummer des „Vorwärts“ wiedergegeben. Der Angeklagte Haase behauptete, daß die Zeugen sich verhöhrt haben müßten, möglich sei es, daß er gerufen habe: „Besprechung des Kaisers mit den Mitgliedern des Reichstages!“ Staatsanw. Liebenow hielt dies für eine Ausrede, er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Der Gerichtshof verurtheilte aber die Verhandlung, um die Sache zugleich gegen Deethloff verhandeln zu können.

Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer zu Hanau die Ehefrau Alt aus Fachsenheim zu 4 Monaten Gefängnis. Es waren 4 Monate beantragt worden.

Schönebeck. Ein auf der Bahnstrecke radelnder Radfahrer vom Schnellzuge zermalmt. Montag Abend um 9 Uhr fuhr auf der Bahnstrecke südlich vor Schönebeck zwei Radfahrer. Der Führer des hinter ihnen kommenden Schnellzuges nach Magdeburg bemerkte sie und gab sofort Signal durch Pfeifen, worauf Beide von ihren Rädern abgesprungen sind. Der Eine ist dabei von der Maschine erfasst und vollständig zermalmt worden, während der Andere mit dem Leben davongekommen ist. Der Getödtete ist der Rechnungsführer Schöne von der Grube „Alfred.“ Dazu bemerkt die „M. Btg.“: Man sollte einen so unglaublichen Lichtsinn nicht für möglich halten; daß Radfahrer auf dem Bahnkörper fahren, ist an und für sich schon ganz unverantwortlich und nicht scharf genug zu rügen, daß sie es aber auf einer so verkehrreichen Strecke, wie dicht bei Schönebeck thun, kann man sich kaum erklären.

Ein entsetzlicher Vorgang spielte sich am Sonnabend in Stendal während des Exercirens der 5. Schwadron des Husaren-Regiments auf dem Exercier-Platze ab. Der Gefreite Blum ließ beim Jongliren mit der Lanze auf dahinstürzendem Pferde die Lanze fallen; mit der Spitze nach oben bohrte sie sich in den Sand, Blum stürzte vom Pferde und mit dem Kopf in die Lanzenspitze hinein. Diese drang dem Unglücklichen in den Mund und kam an der oberen Stirnseite wieder zum Vorschein. Mit Mühe nur konnte dem Besinnungslosen die Lanze aus dem Kopfe gezogen werden. Der Verunglückte wurde in das Lazareth geschafft, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Eine feine Gesellschaft ist tonangebend im antisemitischen Gemeinderath von Wien. Die Parteigenossen Rittermayer (Lafschendieb) und Bergani (der Gemeindegelder veruntreut) hatten sich die Antisemiten kaum „abgewimmelt“, als Behofer an die Reihe kam. Behofer war im Wiener Stadtrath Referent für die Straßensäubung. Eines Tages veröffentlichte nun das „Wiener Tagblatt“, das den persönlichen Kampf gegen die christlich-soziale Partei zu seiner Spezialität gemacht hat, einige Briefe, die Behofer an einen Lieferanten von Straßensäubungs-Apparaten gerichtet hatte, aus denen hervorging, daß Behofer von dem Lieferanten verschiedene Darlehen im Betrage von mehreren Tausend Gulden genommen hatte. Bürgermeister Dr. Lueger suchte wohl öffentlich den Sachverhalt durch eine verkniffene Berichtigung zu verunkeln, allein hinter den Kulissen that er seine Pflicht: Behofer erlitt Tags darauf einen Anfall von „Gesundheitsrückfällen“, indem er auf seine gemeindeväthliche Thätigkeit verzichtete. Diese Affäre ist noch nicht vergessen, und schon hat das „Wiener Tagblatt“ eine neue, unergleichlich ernstere aufgebracht. Vor einigen Tagen stürzte sich eine allein stehende Frau in einer Vor-

stadt aus dem Fenster ihrer Wohnung und blieb todt auf der Straße liegen. In dem Moment der That war der christlich-soziale Gemeinde- und Stadtrath Burscht bei ihr gewesen. Als das Unglück geschehen war, schlich er, ohne sich zu erkennen zu geben, still von daunen. Das war nicht schön, aber ist schließlich nur Geschmacksache. Nach dem Tode der Frau kam aber erst eigentlich die große Schmutzgeschichte des Herrn Burscht auf. Man entdeckte, daß Herr Burscht der Frau vor Jahren ein Haus im Werthe von 15 000 Gulden geschenkt hatte. Bei näherer Nachforschung stellte es sich heraus, daß dieses Haus ein Vortheil ist, und daß die Geschäftsbücher und Gelder dieses Hauses, das einen Reingewinn von jährlich 10 000 Gulden lieferte, regelmäßig einem Herrn abgeliefert wurden, als den man alsbald Herrn Burscht erkannte. Herr Burscht gerieth also in den starken Verdacht, nicht, wie es ursprünglich schien, ein großmüthiger Schenker, sondern der Theilhaber eines Vortheils zu sein. Weitere Nachforschungen ergaben überdies, daß der gleiche Herr Burscht auch dem nicht sehr ehrenwerthen Ring der Wiener „Lizitationshyänen“ angehört, deren organisiertes Zusammenwirken den Zweck hat, bei öffentlichen Feilbietungen gepfändete Gegenstände zu Spottpreisen an sich zu bringen — ein Uebelstand, der von der christlichen Partei seit vielen Jahren mit großem Effekte gegen die „Juden“ ausgenützt wird. Bordellwirth und Lizitationshyäne — mehr kann man wohl von einem christlich-sozialen Moralmenschen nicht verlangen. Die Wiener, schreibt Kannea in der „Frankf. Btg.“, müßten ein recht's Lumpengesindel sein, wenn sie sich auf die Dauer die Herrschaft solcher Ehrenmänner und die Führung ver-artiger Korruptionsböden gefallen lassen.

Einen eigenartigen Fang hat, wie die „Fr. Zeitg.“ erzählt, neulich die Pariser Straßenpolizei in der belebtesten Gegend der großen Boulevards gemacht. Dort ertappte sie eine etwa 30jährige, in die elendsten Lumpen gehüllte Frauensperson in flagranti beim Betteln und führte sie, zumal da sie schwer trunken war, nach der nächsten Polizeistation. Der Kommissar suchte sie auszufragen, doch alle Antwort, die er erhielt, bestand darin, daß sich die Verhaftete Adelaide Berger nenne und in Passy wohne, wo ein Herr K. genauere Auskunft über sie geben würde. Man schenkte diesen Angaben anfänglich keinen Glauben, da Passy einer der elegantesten Pariser Stadttheile und Herr K. ein dort sehr geachteter, wohlhabender Bürger ist. Schließlich aber entlandte der Kommissar doch einen Schutzmänn nach der angegebenen Adresse, und zu allgemeiner Ueberraschung stellte es sich nun heraus, daß die Bettlerin die Wahrheit gesprochen hatte. Zwar war der genannte Name nur ein „Nom de guerre“, aber K. kannte die Inhabitin nur zu wohl, denn sie war seine eigene Gattin. Wie man nun erfuhr, ergiebt sich Frau K. gewohnheitsmäßig dem Alkoholenusse, und wenn sie dann eins ihrer häufigen Rauschen hat, legt sie eine eigens zu diesem Zweck angeschaffte Bettlertoilette an und zieht auf den Boulevards nach Almosen aus. Ist sie dann aber wieder ins selbstbewußte Sein zurückgekehrt, dann thut sie ihre Verkleidung ab, fährt in einer eigenen Equipage in die Armenhäuser und Hospitäler und läßt daselbst beträchtliche Summen zum Besten der „wirklichen“ Nothleidenden zurück. Sie besitzt zwei bereits erwachsene Kinder und verfügt über ein ansehnliches Vermögen, daß sie zwischen Schnaps und Wohlthätigkeit möglichst unparteiisch theilt. Schon hatte man wiederholt den Gedanken gefaßt, sie in eine Heilanstalt einzuschließen, doch ist man — mit Rücksicht auf die Pariser Armen — immer wieder von diesem Entschlusse zurückgekommen.

Ein lustiges Rollstücklein erzählt die italienische „Tribuna“: An der Rollbarriere einer italienischen Stadt erscheint ein Zimmermann mit einer nagelneuen Leiter, die er auf Bestellung angefertigt hat und in die Stadt bringen will. Neben vielen anderen schönen Dingen wird in dieser Stadt seit einiger Zeit auch neues Holz versteuert, und ein übereifriger Zollbeamter, der die Bestimmungen streng nach dem Buchstaben auslegt, setzt dem erkaunt aufhorchenden Zimmermann auseinander, daß er für seine Leiter Zoll bezahlen müsse, denn die Leiter sei erwiesenermaßen aus Holz und neues Holz werde verzollt, ergo: Geldbeutel auf. „Eine schon gebrauchte Leiter hätten Sie unverzollt einführen können,“ fügte er wohlwollend hinzu. Ohne ein Wort zu erwidern, nimmt der Zimmermann seine Leiter von der Schulter, lehnt sie gegen die Mauer des Zollhauses und klettert zur größten Verwunderung der Zollbeamten, die mit offenem Munde dastanden, wohl ein Duzendmal auf und nieder. Dann legte er sich die Leiter ruhig auf die Schulter und sagt: „Ist sie jetzt gebraucht oder nicht? Ja! Na, dann habe ich nichts zu bezahlen.“ Sprach's und zog unbehelligt mit seiner Leiter in die Stadt.

Edward Bellamy, der bekannte amerikanische Schriftsteller und Verfasser des Romans „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000“ ist — wie der „Frankf. Btg.“ aus New-York gemeldet wird — gestorben.

Literarisches.

Bon der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) in sieben das 85. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Sozialphilosophische Irrgänge. Von Heinrich Canow. — Die arbeitenden Klassen in Berlin und die städtische Fürsorge. Von Dr. C. Fago. — Was die Arbeiter in der Schweiz lesen. Von Dionys Biner. — Literarische Randschau. — Feuilleton: Domanne. Von René Bazin. Antiquarische Uebersetzung aus dem Französischen von Frau Bach. (Fortsetzung.)

Grosse

öffentl. Wählerversammlung

am Donnerstag den 26. Mai

Abends 8^{1/2} Uhr

im Circus Reuterkrug.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl

Referent:

Reichstags-Candidat **Th. Schwartz.**

Unbeschränkte Redefreiheit für Jedermann.

Der Einberufer.

Alfred Braun, Goldschmied,
St. Petri-Kirchhof 3,
Reparatur Werkstatt.
Anfertigung von Trauringen in kurzer Zeit.

Mit Handschuhfarbe
kann man getr. Glacehandschuhe auf
einf. Weise wie neu auffärben.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81, Farb. u. Drog.

Margarine, hochfeinste
per Pfd. 60 Pfg. empfiehlt
H. Bannow
Lünenhagen 82. J. J. Maass Nachfl.

Feinste
Meierei-Zafel-Butter
per Pfund 95 Pfg.
Feinste Margarine FF.
per Pfund 60 Pfg.
Prima Schmalz
per Pfd. 45 Pfg. empfiehlt

H. Theophile
Fleischhauerstraße,
Cde St. Johannis.

Frisch gebrannt. Caffee
per Pfund 80, 100, 120, 140 und 150 Pfg.
empfiehlt
H. Bannow
Lünenhagen 82. J. J. Maass Nachfl.

Durch Zufall
eine Partie
Matjesheringe
in guter Qualität, 3 Stück 10 Pfg.
empfiehlt
Heinrich Koop,
Marktwiese 4.

Herbstfang - Flohm - Heringe
en gros - en detail
empf. **Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

Gebrachte Fahrräder
unter Garant. jezt von 75 Mk. an.
H. A. Hill, Johannisstr. 9, Reparaturwerkstatt.
Neu lasse nur, wo man Garantie erhält.

Große süße Pflanzen
Pfd. 20, 25 und 30 Pfg. empfiehlt
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.



Für jeden Reichstagswähler von großer Wichtigkeit ist:
Notizbuch für Reichstagswähler.

Dasselbe enthält:
Statistik der Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1871 bis 1897 mit
allen Nachwahlen, sowie Schemata zum Eintragen der Wahlergebnisse
von 1898 für alle deutschen Wahlkreise. Wahlgesetz, Wahlreglement,
Fraktionsbewegung, sowie ein Namensverzeichnis der Mitglieder des
Deutschen Reichstages nach dem Stande vom 1. Oktober 1897.
Herausgegeben von H. Schönfeld in Dresden.
Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Briefbogen u. Briefumschläge
Converts mit Trauerrand, Contobücher u.
empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Folker's
Möbel-Magazin
25 Mariesgrube 25
empfiehlt
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und
Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum
eleganteften, zu billigen Preisen.

Die Möbeltischlerei
von G. H. Busch
Alfstraße 21
empfiehlt ihr Lager von selbstverfertigten
Möbeln, Spiegeln und
Polsterwaaren
zu billigen Preisen.

Arbeiter-Garderoben, Hemden, Kagen,
bessere Herren- und Knaben-Anzüge,
Hüte, Mützen
empfiehlt billigst
Rud. Kracht, Kageb. Allee 40.

Tapeten und Borden
große Auswahl, billige Preise
empfiehlt
Fackenb. Allee 10. **Haus Fock.**

Achtung! Halt!
Tabak- und Cigarren-Specialgeschäft
Specialität: 5 u. 6 Pfg.-Cigarren.
Besonders empfehlenswerth Nr. 22, Stück 5 Pfg.
Heinrich Jens
Lübeck, Nr. 1 Fackenburg Allee Nr. 1.

Frisch gebrannten Caffee
per Pfund 80, 100, 120, 140 Pfg.
Prima loses Caffee-Surrogat
per Pfd. 40 Pfg. empfiehlt
Rud. Kracht, Kageb. Allee 40.

Empfehle allen Genossen meine
Colonial- und Fettwaaren,
Taback und Cigarren,
sowie Brod aus der Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei
aufs Beste.
Friedrich Nehlsen, Rosenstraße 21.
NB. Gebe jezt 2 Pct. Rabatt.

Pa. Kalbfleisch Pfd. 30 Pfg.
Hiesiges Schweinefl. Pfd. 60 Pfg.
Pa. Quersfleisch Pfd. 50 Pfg.
empfiehlt
W. Strohhfeldt
73 Glockengießerstraße 73